

Anschlag auf Burmas Junta

Am 6. April wurde in Rangun ein Bombenanschlag auf General Tin Oo, dem zweiten Sekretär des Staatsrats zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC), verübt. Bei dem Anschlag wurde seine Tochter durch eine explodierende Paketbombe in der Wohnung des Generals getötet. Als Attentäter wird unter anderem die Karen National Union (KNU) verdächtigt. Tin Oo gilt als Verantwortlicher für die jüngste Offensive des Regimes gegen die Karen (s. SOAI 1/97 und weiter unten). Die Karen hatten nach dem Beginn der Attacken im Februar gedroht, Anschläge gegen militärstrategische Ziele in den Städten Burmas zu verüben.

Ein Sprecher der KNU widersprach den Anschuldigungen und vermutete die Attentäter in den Reihen der Junta selbst. Eine Bombe in der gut bewachten Wohnung zu deponieren, sei überdies ziemlich schwierig.

Tin Oo war erst Weihnachten Ziel eines Anschlags gewesen. Kurz nach seinem Besuch in einem Tempel explodierten dort zwei Bomben. fünf Menschen starben, 17 weitere wurden verletzt.

Nach unbestätigten Meldungen soll außerdem am 10. April im Defense Service Institute eine Bombe explodiert sein, die 14 Menschen tötete und zehn verletzte.

vgl. FR 8.4.97; KIC News Issue 1, Mai 97

Clinton will Sanktionen

Nachdem bereits einzelne Bundesstaaten der USA Sanktionen gegen Burma verhängt hatten, wird jetzt wegen der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen über Wirtschaftssanktionen der gesamten Vereinigten Staaten debattiert. Clinton stimmte den Maßnahmen bereits für den Fall zu, daß sich die Situation verschlimmere. Einzelheiten und Inkrafttreten der Sanktio-

und Verbände hatten erst kurz zuvor eine Anti-Sanktions-Koalition unter dem Namen USA Engage gegründet, die über rund eine Million Dollar für Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit verfügt. Das Hauptargument von USA Engage ist, daß Sanktionen nur den asiatischen und europäischen Konkurrenten der US-Firmen nutzen. Veränderungen in Burma ließen sich durch die "constructive engage-



aus: Burma Debate 1/96, S. 22

nen werden noch ausgehandelt. Hauptsächlich sollen neue US-Investitionen verboten werden.

Die US-amerikanische Wirtschaft hat damit eine Niederlage erlitten. Über 400 Firmen

ment"-Politik nach dem Muster der ASEAN-Staaten erreichen. Der Druck auf die Militärregierung müsse von innen kommen.

vgl. International Herald Tribune 11.3.97; taz 23.4.97; FEER 1.5.97

Karen-Flüchtlinge unter Druck

Das burmesische Militär hat im Februar eine erneute Offensive gegen die Karen National Union (KNU) gestartet. (siehe hierzu auch "Karen-Flüchtlinge in Thailand als Spielball der Politik", S. 13) Die Offensive startete im Mergui-Tavoy Distrikt, Karen-State. Die Armee zwang Hunderte Dorfbewohner und Strafgefangene zu Trägerdiensten, um die Versorgung der Front mit Waffen, Munition und Lebensmitteln sicherzustellen. Im März und April wurden dutzende Dörfer in den Distrikten Papun, Naung Lin Bin und Toungoo von der burmesischen Armee niedergebrannt, Dorfbewohner entführt und getötet, Frauen vergewaltigt und Reisfelder zerstört. Am 14. Februar wurde das derzeitige Hauptquartier der KNU, Htee Ka Pler, überrannt. Die KNU rief den SLORC auf, die abgebrochenen Waffenstillstandsverhandlungen wieder aufzunehmen und den Konflikt politisch zu lösen.

Aufgrund der Offensive flohen zwischen Februar und April weitere 20.000 Karen nach Thailand. Die Zahl der Flüchtlinge in Thailand ist damit auf 120.000 gestiegen.

In Thailand wird die Situation der Flüchtlinge immer unsicherer. Seit Januar werden wiederholt Flüchtlingslager von der Democratic Karen Buddhist Army (DKBA) angegriffen. Die DKBA hatte sich von der Karen National Union abgespalten und war zur burmesischen Armee übergelaufen (s. SOAI 1/97). Thailand ist außerdem nicht mehr bereit, die fliehenden Menschen aufzunehmen. Menschenrechts- und Hilfsorganisationen berichteten, daß die Royal Thai Army (RTA) mehrfach Karen-Flüchtlinge an der Grenze abgewiesen und sie in die umkämpften Gebiete zurück geschickt habe. Unter den abgewiesenen Flüchtlingen seien auch alte Leute und Kinder gewesen. Auch sollen die ersten Flüchtlinge, die auf thailändischer Seite in Flüchtlings-

lagern gelebt haben, zwangsweise repatriert worden sein. Die USA, die UN, die EU und amnesty international forderten Thailand auf, die Zwangsrepatriierungen sofort zu stoppen, solange die Lage in Burma nicht sicher sei. Thailändische Menschenrechtsorganisationen forderten Premierminister Chavalit am 7. März auf, die Karen offiziell als Flüchtlinge anzuerkennen, damit der UN-HCR den Flüchtlingen helfen und notfalls beschützen kann.

vgl. Burma Issues Vol. 7, No. 3, März 97; Vol. 7, No. 4, April 97; FEER 13.3.97; KIC News Issue No. 1, Mai 97

NLD-Mitglieder verhaftet

Der Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC) hat im Mai 316 Mitglieder der Nationalen Liga für Demokratie (NLD) festgenommen. Die NLD wollte am 27. Mai den Jahrestag der gewonnenen Wahl von 1990 feiern. Soldaten blockierten außerdem die Straßen zu Aung San Suu Kyis Haus und zum NLD-Büro, um die Feier zu verhindern. Der SLORC hatte das Wahlergebnis damals nicht anerkannt.

vgl. FEER 5.6.97

EU setzt Handels-Status aus

Die EU hat am 24. März beschlossen, Burmas speziellen Handels-Status aufgrund des systematischen Einsatzes von Zwangsarbeit auszusetzen. Burmas jährliche Exporte in die EU belaufen sich auf US\$ 75 Millionen. Für zwei Drittel der Exporte galten bisher reduzierte Zolltarife.

vgl. Burma Debate Vol. 4, No. 1, Jan/Feb 97; FEER 3.4.97

- Anzeige -

KRITISCHE ÖKOLOGIE

3. Welt - Agrarkulturen - Umwelt

Seit 1983 - „Umwelt und Entwicklung“ im Zusammenhang - wer sich dafür interessiert, sollte die Kritische Ökologie lesen und sich mit Beiträgen beteiligen! Doppelheft 3+4/96 zum Schwerpunkt Partizipation und Welternährung.

Hrg. Verein zur Förderung von Landwirtschaft und Umweltschutz in der Dritten Welt (VLU) e. V., Langgasse 24 in FRA/FRG D-65183 Wiesbaden Tel/Fax: + (0)611 - 37 03 71